

georgsmarienhütte im gespräch

SPD

Sozialdemokraten

SOZIALDEMOKRATISCHE BÜRGERINFORMATION Juli 1980 Nr. 1

Liebe Bürgerinnen und Bürger!

Wenn wir uns heute wieder auf diesem Weg an Sie wenden, um Sie mit Informationen aus Georgsmarienhütte zu versorgen, dann hat das seinen Grund. Bisher konnten wir Sie durch Anzeigen in den "Mitteilungen aus Georgsmarienhütte" informieren. Einigen Leuten, Geschäftsleuten oder CDU-Leuten, wer will das immer genau trennen? - waren diese Anzeigen wohl zu erfolgreich. Auf die nicht gerade feine Art wurden uns weitere Anzeigen verweigert, obwohl ein Vertrag bestand. Deshalb läuft gegen den verantwortlichen Herausgeber ein Verfahren.

Aber wir brauchen ein Sprachrohr, denn auch die Opposition ist verpflichtet über das zu berichten, was in der Stadt geschieht.

Wir hoffen, daß Ihnen die neue GiG, wie wir sie nennen, gefällt. Wenn Sie Anregungen geben wollen oder etwas an dieser Zeitung aussetzen haben, schreiben Sie uns. Wir sind für jeden Hinweis dankbar.

Neben der Kommunalpolitik wollen wir auch zu Fragen aus Bund und Land Stellung nehmen. Wir werden versuchen, Sie von der Politik der SPD und Helmut Schmidts zu überzeugen. Wir werden klarzustellen versuchen, wo wir uns von anderen Parteien und politischen Gruppen unterscheiden. Ich wünsche Ihnen, daß Sie aus unserem Blatt möglichst viele Sachinformationen entnehmen können.

Klaus Kraegeloh

Werkzeuge

Hollfeld
Osnabrück
Groß- und Einzelhandel

Krahnstraße 8 – Fernsprecher (0541) 22248/25523

BASTEL - BOUTIQUE

Osnabrück – Krahnstr. 53 - Ruf (0541) 22248

Der Fall Siepelmeyer

Nach einer vierstündigen Debatte hat der Rat der Stadt Georgsmarienhütte am 7. Mai Bürgermeister Siepelmeyer weiterhin das Vertrauen ausgesprochen.

Dieser Beschluß hat in unserer Stadt gegensätzliche Reaktionen hervorgerufen.

Ein Teil der Bevölkerung wird erleichtert aufgeatmet, ein anderer wird dem Kommentator der NOZ beipflichtet haben, der diesen Beschluß als Kompromiß bezeichnete und die Haltung des Rates als gutes Beispiel für manchen anderen Rat im Landkreis lobte, viele Bürger werden aber auch enttäuscht, ratlos und befremdet gewesen sein.

Was war geschehen?

In einem Flugblatt hatte die SPD Fragen an Bürgermeister Siepelmeyer bezüglich seiner ehrenamtlichen Tätigkeit als Bürgermeister und seinen geschäftlichen Aktivitäten als Notar gestellt. Wer sich an das Flugblatt erinnert, weiß, daß die SPD nicht generell den Rücktritt Siepelmeyers gefordert hat. Vielmehr haben wir die Rücktrittsforderung von der Klärung der gestellten Fragen abhängig gemacht.

Nach der ursprünglichen Ansicht der SPD-Fraktion sollte der gesamte Komplex in einer öffentlichen Ratssitzung behandelt werden, da wir der Auffassung waren und sind, daß die Öffentlichkeit einen Anspruch auf Aufklärung in dieser Angelegenheit besitzt. Die Geschäftsordnung des Rates läßt aber eine Erörterung in öffentlicher Sitzung nicht zu: Personal-, Rechts- und Grundstücksangelegenheiten sowie schutzwürdige Geschäftsgeheimnisse müssen in nichtöffentlicher Sitzung behandelt werden. Der Rat hat sich in zwei Sitzungen in lebhafter, kontrovers geführter Debatte mit dem Fall Siepelmeyer auseinandergesetzt. Der Bürgermeister stand zusätzlich der SPD-Fraktion Rede und Antwort.

Als Ergebnis ist festzustellen: Bürgermeister Siepelmeyer ist in großem Umfange in Georgsmarienhütte als Notar tätig geworden. Sehr viele Verträge hat er für die Stadt Georgsmarienhütte beurkundet. Als Notar wurde er darüber hinaus jedoch für viele andere Vertragspartner (Erschließungsträger und Bürger) tätig.

FLEUROP Dienst

EDUARD KÄDING

Friedhofsgärtnerei · Blumenbinderei

Georgsmarienhütte

Wellenkampstr. 21 · Karlstraße 18 · Tel. (054 01) 25 59

Inwieweit sich diese Urkundsbeteiligten "moralisch" verpflichtet fühlten, Siepelmeyer als Notar zu wählen, weil er eben Bürgermeister ist, läßt sich nicht erfassen.

Formal rechtlich gesehen hat sich unseres Wissens Bürgermeister Siepelmeyer nichts zu Schulden kommen lassen.

Die Ansichten darüber, ob hier eine "moralische" Schuld vorliegt, gehen zwischen den Parteien nach wie vor auseinander. Während Siepelmeyer und mit ihm die CDU sich keiner moralischen Schuld bewußt ist, vertreten wir die Ansicht, daß eine größere Zurückhaltung bei den Notariatsgeschäften in G. am Platz gewesen wäre.

Wir glauben, daß Bürgermeister Siepelmeyer jetzt klar geworden ist, daß bei dem Umfang seiner notariellen Tätigkeit Außenstehenden der Verdacht auf eine zu starke Verquickung von Ehrenamt und privaten Interessen sich aufdrängen mußte.

Die SPD will und kann kein Berufsverbot für Siepelmeyer in Georgsmarienhütte fordern. Sie will erreichen, daß auch der Anschein eines Amtsmißbrauchs vermieden wird, und daß die notariellen Aktivitäten Siepelmeyers in G. auf ein vernünftiges Maß gebracht werden.

Dieses Ziel ist nun erreicht. Bürgermeister Siepelmeyer hat erklärt,

- daß er die aus seinem Amt gebotene Zurückhaltung bei der Überschneidung von beruflicher und kommunaler Tätigkeit beachten wird,
- daß jedem Bürger die freie Notariatswahl garantiert wird und
- daß Rat und Fraktionen die Berechtigung haben, die berufliche Tätigkeit auf die Vereinbarkeit mit dem Ehrenamt zu überprüfen.

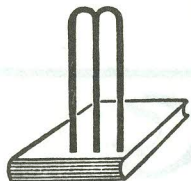
Die Fraktion war einhellig der Meinung, daß aufgrund dieser Erklärung eine weitere Zusammenarbeit mit Siepelmeyer möglich sei. Sie hat diese Entscheidung auch auf dem Hintergrund der Überlegung getroffen, daß Konfrontation um jeden Preis in der Kommunalpolitik nicht immer dem Wohle des Bürgers dient. Eine erfolgreiche Kommunalpolitik zeichnet sich nicht durch destruktive, sondern durch konstruktive Arbeit aus. Dazu wird die SPD-Fraktion einen nicht zu übersehenden Beitrag leisten.

Helmut Stahlmann

Jedes Buch in der

MOSER-BUCHHANDLUNG

Fachbuchhandlung für Pädagogik, Jura und Technik
Inhaber Frank Oelrich



Osnabrück - Johannisstraße 55
am Neumarkt / Fußgängerzone

Besuchen Sie auch unseren Taschenbuchladen
in der Neumarkt-Passage

Privatisierung auf Kosten der Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes?

Privatisierung des öffentlichen Dienstes im großen Stil will die CDU-Landesregierung durchführen. Dabei soll vor Kreisen und Gemeinden nicht Halt gemacht werden. Das neue CDU-Programm sieht zahlreiche Bereiche des öffentlichen Dienstes für eine Privatisierung als geeignet an. So werden genannt Museen, Stadthallen, Verkehrseinrichtungen, Theater, Schwimmbäder, Sportstadien, Müllabfuhr, Krankentransporte, Instandhaltung von Straßen und Kanälen aber auch Post und Bahn. Auch bei uns in Georgsmarienhütte versucht die CDU, Teile des öffentlichen Dienstes zu privatisieren, z. B. den Reinigungsdienst an Schulen, die Unterhaltung von Grünflächen (aus Kostengründen mußte sie nach einjähriger Laufzeit wieder zurückgenommen werden) und als jüngstes Versuchsobjekt den Reinigungsdienst im Krankenhaus. Hier soll durch Einschaltung von Privatfirmen jährlich eine Einsparung von 42.000 DM erzielt werden. Das setzt natürlich voraus, daß Arbeitsplätze eingespart werden.

Welchen Zweck sollen solche Privatisierungsüberlegungen erfüllen? Wie sieht es mit den sozialen Folgekosten aus, wenn tatsächlich die betreffenden Arbeitnehmer entlassen werden? Die soziale Situation der Beschäftigten ist im privaten Reinigungsgewerbe erheblich schlechter, als die ihrer Kollegen im öffentlichen Dienst. Der tariflich vereinbarte Stundenlohn (sofern dieser überhaupt gezahlt wird) beträgt 70-% des im öffentlichen Dienst gezahlten.

Außerdem haben die Reinigungskräfte bei privaten Firmen kein Anrecht auf ein 13. Monatsgehalt. Die tägliche Arbeitszeit der privat beschäftigten Reinigungskräfte beträgt durchschnittlich 2-3 Stunden. Dadurch bleiben sie mit der Arbeitszeit und dem Einkommen unterhalb der Versicherungspflichtgrenzen und sind somit weder gegen Krankheit noch gegen Arbeitslosigkeit versichert und führen außerdem keine Beiträge an die Rentenversicherung ab.



Alles, was Sie für Ihr Handarbeitshobby benötigen, finden Sie in Ihrem Fachgeschäft

Handarbeitshaus

Volker Haas

4504 Georgsmarienhütte

Karlstraße 18

Telefon 054 01/2225

... das große Freizeitvergnügen

Qualität der Reinigung

Die übermäßige Arbeitsbelastung kann Folgen für die Qualität der Reinigung haben. Die Reinigungskräfte können wegen der hohen Vorgaben nicht nach Qualität, sondern nur nach Quantität reinigen. Die Minderung der Qualität bewirkt nicht nur Verschleißerscheinungen der Bausubstanz und damit Kosten, sondern führt auch zu einer Vernachlässigung der Hygiene, die in einem Krankenhaus besonders wichtig ist.

Aus den vorgenannten Gründen lehnt die SPD-Fraktion eine Privatisierung der Reinigung im

Krankenhausbereich ab. Das gilt grundsätzlich auch für andere Bereiche, die privatisiert oder "entstaatlicht" werden sollen. Denn dadurch kommt es 1. zu höheren Preisen für den Bürger, weil die Unternehmer kostendeckend arbeiten müssen, 2. zu geringeren Leistungen, weil er auch dadurch zu zu niedrigeren Kosten kommt und 3. zum Abbau von Arbeitsplätzen, um die Lohnkosten zu senken. Eine solche Landespolitik auf dem Rücken der Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes kann für uns nicht akzeptabel sein.

Dieter Selige

Weiteres Normenkontrollverfahren verloren

Ein weiteres Normenkontrollverfahren, das diesmal von der ev. Kirchengemeinde gegen die Straßenplanung im Bebauungsplan Nr. 116 angestrengt wurde, ist vom Oberverwaltungsgericht Lüneburg zu Ungunsten der Stadt entschieden worden. Nach dem Fall Gerding (Stadtring) und sieben Eigentümern des Osterberges (Vergleich) ist dies nunmehr der dritte Fall. Die Entscheidungen des Oberverwaltungsgerichtes geben zu denken und sollten Anlaß für einige Überlegungen sein.

Die SPD, die damals gegen diese Straße gestimmt hat, kann wegen dieser Entscheidung nicht schadenfroh sein, weil die Prozeßkosten letztlich den Steuerzahler belasten, sondern hofft, daß in Zukunft in der städtebaulichen Planung durch ein Mehr an "Miteinander" und weniger "Gegeneinander" Normenkontrollverfahren überflüssig werden.

Dieter Selige

Rasenmähen - aber wann ?

Frühling und die bevorstehende Sommerzeit geben Anlaß, auf die Zeiten hinzuweisen, in denen Rasenmäher in Betrieb gesetzt werden dürfen. Rasenmäher dürfen nur werktags von 8.00 bis 12.00 Uhr und von 15.00 bis 19.00 Uhr betrieben werden.

Vom Ergebnis her erweisen sich immer dann Straßenbauvorhaben oder andere städtebauliche Planungen juristisch angreifbar, wenn die notwendige sachliche Auseinandersetzung im vorgeschriebenen Abwägungsprozeß hinter kommunalpolitischen Gruppeninteressen zurückstehen muß.

Rasenmäher, die einen Immissionswert von weniger als 60 dB haben, können werktags und an Sonn- und Feiertagen bis 22.00 Uhr benutzt werden. Die Mittagsruhe von 12.00 bis 15.00 Uhr ist jedoch auch an den Tagen einzuhalten.

Diese Urteile machten deutlich, daß es besser ist, städtebauliche Planungen heute mehr denn je auf eine breite Grundlage der Zustimmung innerhalb der Bevölkerung und der politischen Parteien zu stellen.

Radwege, Radwege, Radwege ...

Die SPD-Fraktion bemüht sich seit längerem, den Bau von Radwegen voranzutreiben. So wurde von ihr im letzten Jahr ein Radwegeplan vorgestellt.

Im Planungsausschuß ist dieses Thema ständiger Tagesordnungspunkt, denn auch die CDU-Mehrheitsfraktion zieht dabei mit.

Mit welchen Schwierigkeiten Ratsherren zu kämpfen haben, wenn ihre Initiativen von Verwaltung und Behörden blockiert werden, zeigt dabei folgendes Beispiel:

Seit Jahren versuchen CDU und SPD gemeinsam, einen Radweg von Oesede nach Kloster Oesede entlang der L 95 oder der Düte zu bauen. Trotz der Bereitstellung von Haushaltsmitteln blieb es bisher bei diesen Wunsch des Rates.

Das Straßenbauamt nimmt mit Schreiben vom 26.3.1980 dazu wie folgt Stellung:

"...der Behauptung, daß in dem o. a. Bereich besonders schulpflichtige Kinder gefährdet sind, muß entschieden widersprochen werden, da bekannt ist, daß zwischen Oesede und Kloster Oesede Schulbusverkehr besteht. Wenn dieser vereinzelt nicht angenommen werden sollte, liegt es vielleicht an fehlender Aufklärung in den Schulen oder an der Verantwortungslosigkeit einiger Eltern. Man kann m. E. nicht mit öffentlichen Mitteln einen Schulbusverkehr bezahlen und parallel einen Radweg für die Schulkinder bauen, die den Staatsservice nicht annehmen.

... und bitte, daß die dort geplanten provisorischen Maßnahmen vom Straßenbauamt Osnabrück aus den angegebenen Gründen nicht geduldet werden können."

Dieter Selige

Solche unglaublichen Ausführungen einer Behörde können nur Kopfschütteln hervorrufen und sind nicht dazu geeignet, Verständnis für die ablehnende Haltung des Straßenbauamtes aufzubringen, zumal uns von Fachleuten immer wieder gesagt wird, daß Radwege erst einmal angeboten werden müssen, bevor sie von der Bevölkerung angenommen werden können. Wir lassen uns nicht davon abbringen, eine gute Sache weiterzuvorführen.

Modell "Fahrradfreundliche Stadt"

Zu einem vom Umweltbundesamt in Berlin ausgeschriebenen Modellvorhaben "Fahrradfreundliche Stadt" haben sich insgesamt 125 Städte der Größenordnung zwischen 30.000 und 100.000 Einwohner aus dem gesamten Bundesgebiet beworben. Dazu gehört auch aufgrund unsere Initiative die Stadt Georgsmarienhütte. Der Versuch soll Wege aufzeigen, wie dem Fahrrad als ökonomisch und ökologisch sinnvollem Verkehrsmittel Gleichberechtigung oder sogar Vorrang im städtischen Nahverkehr eingeräumt werden kann. Die Ergebnisse sollen als Grundlagenmaterial für eine gezielte Radverkehrsplanung dienen.

Ob für Georgsmarienhütte ein Modellversuch anerkannt wird, steht noch aus. Die rege Beteiligung an dieser Ausschreibung zeigt aber deutlich, das auch in anderen Städten bestehende große Interesse an einer Verbesserung der Radwegesituation.

Schulgesetzänderung - CDU will Bildungschancen mindern

Die von der CDU geplante Änderung des seit 1974 geltenden und 1975 in wenigen Punkten geänderten Niedersächsischen Schulgesetzes lehnt die SPD entschieden ab. Diese Gesetzesnovelle vermindert die Bildungschancen der Schwächeren, grenzt die Schulformen zum Nachteil der Schüler wieder stärker voneinander ab und schränkt den Gestaltungsspielraum für Schüler, Eltern und Lehrer ein. Keine verbindliche 10. Klasse für Haupt- und Sonderschüler mehr, keine verbindlichen Vorklassen mehr, erschwelter Zugang für Nichtgymnasiasten zur gymnasialen Oberstufe - die Aufzählung ließe sich fortsetzen. Fazit: Der Weg führt zurück. Am schulischen Berufsgrundbildungsjahr als erstes Jahr der Berufsausbildung wird zwar festgehalten, jedoch läßt die sehr zögernde Bereitstellung von notwendigen Schulbaumitteln Zweifel zu, wie ernst es der CDU mit der Einführung tatsächlich ist. Auch die Orientierungsstufe bleibt, jedoch ist in Anbetracht der vorgesehenen Vorgruppierungsmodelle Skepsis angebracht, ob die Orientierungsstufe in ihrer bisherigen Aufgabenstellung langfristig bestehen bleiben soll. Der Gesetzesauftrag zur Einführung der Lernmittelfreiheit bleibt bestehen, konkrete Schritte aber lehnt die CDU nach wie vor ab. Schon einmal hat die CDU einen SPD-Gesetzesentwurf abgelehnt, der die Voraussetzungen für die finanzielle Entlastung der Eltern schaffen sollte.

Hans Kaiser

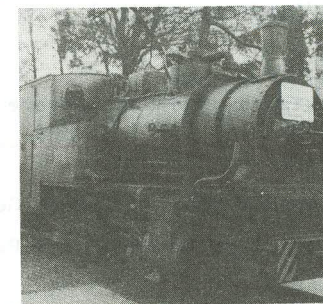
Kurz notiert:

"Jetzt haben die anderen wieder einen, der stärker ist als wir. Da kann man nichts machen. Die Leute wachsen halt nicht auf den Bäumen, die kann man auch nicht züchten."

(Der CSU-Politiker Hermann Höcherl über Bundeskanzler Helmut Schmidt)



Das Heimatmuseum in der ehemaligen Villa Stahmer ist der Öffentlichkeit übergeben worden. Geräte und Gebrauchsgegenstände sowie komplette Handwerksräume aus der engeren Heimat sind zu besichtigen. Außerdem ist eine Schienenausstellung und ein Freilichtmuseum zu sehen. Ein Besuch lohnt sich. Eintritt frei.



Treffpunkt

=====

17.7.-27.8. Ferienpaß Sommer 1980 (Städt.Jugendpflege/Stadtjugendring)

Montag, 30.6.80, 17.00 Uhr,
Krankenhauseausschuß (Sitzungszimmer im Stadtkrankenhaus)

Mittwoch, 2.7.80, 16.30 Uhr,
Bauausschuß (Rathaus, Sitzungssaal)

Montag, 7.7.80, 16.30 Uhr,
Ausschuß für Planung und Wirtschaftsförderung (Rathaus, Sitzungssaal)

Montag, 14.7.80, 17.00 Uhr,
Öffentliche Ratssitzung
(Aula der Realschule)

Mittwoch, 9.7.80, 14.15 Uhr (Abfahrt)
Seniorenveranstaltung der Stadt Georgsmarienhütte in der Stadthalle Osnabrück

Samstag, 24.7.80, 20.00 bis 24.00 Uhr
Abend am Lagerfeuer, Hallenbad (DLRG Jugend)

9.-20.8.
Intern.Jugendbegegnung mit Israel in Georgsmarienhütte (Städt.Jugendpflege/Stadtjugendring)

29.-31.8.
Stadtschützenfest
Festplatz: Kirmesplatz Oesede
(Schützenvereine der Stadt)

Dienstag, 2.9.80, 19.30 Uhr
Öffentliche Vollversammlung
Stadtjugendring

Samstag, 6.9.80, 10.00 bis 14.00 Uhr

Kegelsport: Deutsche Damen-nationalmannschaft gegen eine Niedersachsenauswahl v. Kegel-länderkampf der Herren
Deutschland - Luxemburg
(Tennis-Sportcenter)
Kegelsportverein Georgsmarienhütte

6.-14.9.
Gelände Menkhausfeld
2. Teutoburgerwaldschau

Übrigens:

Bei der SPD kann man auch Mitglied werden.
Tel. 5325 o. 40946

Wie für Anzeigen in Zeitungen üblich, besteht kein Zusammenhang zwischen den politischen Auffassungen der Inserenten und der in dieser Zeitung geäußerten politischen Richtung.

Herausgeber: SPD Ortsverein Georgsmarienhütte

Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes: Klaus Kraegeloh,
Im Siek 20, Tel. 5325

Redaktion: Klaus Kraegeloh, Dieter Selige, Robin Morrison, Bernhard Völkl, Hermann Raufhake, Detlef Hengelbrock

Druck: Staperfeld, Osnabrück

Auflage: 10.000